

Geschäftsordnung der Gemeindevertretung Rangsdorf

vom 21. April 2009

Aufgrund des § 28 Abs. 2 Nr. 2 der Kommunalverfassung für das Land Brandenburg (BbgKVerf) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S. 286) zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 23. September 2008 (GVBl. I S. 202, 207) hat die Gemeindevertretung der Gemeinde Rangsdorf in ihrer Sitzung am 02.04.2009 die folgende Geschäftsordnung der Gemeindevertretung der Gemeinde Rangsdorf beschlossen.

Erster Abschnitt Gemeindevertretung

§ 1 Gemeindevertreter

- (1) Die Mitglieder der Gemeindevertretung haben gemäß § 31 Abs. 1 BbgKVerf die ihnen aus der Mitgliedschaft in der Gemeindevertretung erwachsenen Pflichten zu erfüllen. Sie haben insbesondere an den Sitzungen der Gemeindevertretung und der Ausschüsse, denen sie angehören, teilzunehmen.
- (2) Im Falle ihrer Verhinderung haben Mitglieder der Gemeindevertretung vor der Sitzung den Vorsitzenden zu benachrichtigen. Bei Sitzungen der Ausschüsse ist zugleich ein Stellvertreter zu benachrichtigen.

§ 2 Einberufung der Gemeindevertretung

- (1) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung beruft die Sitzung der Gemeindevertretung mindestens alle drei Monate ein. Im Übrigen ist die Gemeindevertretung einzuberufen, so oft es die Geschäftslage erfordert oder Einberufungsgründe nach § 34 Abs. 2 BbgKVerf vorliegen. Die Einberufung erfolgt durch Übersendung einer schriftlichen Ladung an alle Gemeindevertreter.
- (2) Die regelmäßige Ladungsfrist beträgt 10 Tage. Die genannte Frist ist gewahrt, wenn den Mitgliedern der Gemeindevertretung die Ladung zur Sitzung spätestens am zehnten Tag vor der Sitzung zugeht (regelmäßige Ladungsfrist).
- (3) In Angelegenheiten, deren Behandlung keinen Aufschub duldet, kann die Gemeindevertretung in vereinfachter Form und unter verkürzter Ladungsfrist einzuberufen werden. Die Ladungsfrist für die vereinfachte Einberufung beträgt mindestens 24 Stunden vor Sitzungsbeginn (vereinfachte Einberufung). Die Regelung des Absatzes 1 Satz 3 gilt entsprechend.
- (4) Der schriftlichen Ladung sind außer der Tagesordnung die Beschlussvorlagen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten beizufügen.

§ 3 Tagesordnung der Gemeindevertretung

- (1) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung setzt die Tagesordnung sowie die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte im Benehmen mit dem Bürgermeister fest.

- (2) Bei Angelegenheiten, die keinen Aufschub dulden, kann die Tagesordnung in der Sitzung durch Beschluss geändert werden. Die Regelungen des § 35 Abs. 2 BbgKVerf sind zu beachten.
- (3) In die Tagesordnung sind Beratungsgegenstände aufzunehmen, die von mindestens einem Zehntel der gesetzlichen Anzahl der Gemeindevertretern oder einer Fraktion benannt werden, wenn sie mindestens bis zum Ablauf des 5. Tages vor Beginn der Ladungsfrist nach § 2 Abs. 2 dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung benannt worden sind. Bei Nichteinhaltung der Frist sind die Beratungsgegenstände in die Tagesordnung der folgenden ordentlichen Sitzung aufzunehmen. Auf Verlangen des Bürgermeisters ist ein bestimmter Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung zu setzen.

§ 4 Öffentlichkeit der Sitzungen

- (1) Die Sitzungen der Gemeindevertretung sind öffentlich. Die Öffentlichkeit ist ausgeschlossen, wenn überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner es erfordern.
- (2) An den Sitzungen der Gemeindevertretung können Zuhörer nach Maßgabe der vorhandenen Plätze teilnehmen.
- (3) Zuhörer sind nicht berechnigt, das Wort zu ergreifen oder sich an den Beratungen zu beteiligen. Sie dürfen die Beratung nicht stören und keine Zeichen des Beifalls oder Missfallens geben.
- (4) Ton- und Bildübertragungen sowie Ton- und Bildaufzeichnungen sind im öffentlichen Teil der Sitzung nur zulässig, wenn alle anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung zu Beginn der Sitzung zustimmen. Dies gilt auch für Ton- und Bildübertragungen sowie Ton- und Bildaufzeichnungen durch Presse, Rundfunk und ähnliche Medien. Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung sind sie unzulässig. § 42 Abs. 2 Satz 3 BbgKVerf bleibt unberührt.

§ 5 Sitzungsleitung und -ablauf

- (1) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung eröffnet, leitet und schließt die Sitzung der Gemeindevertretung. In den Sitzungen handhabt er die Ordnung und übt das Hausrecht aus. Im Falle seiner Verhinderung treten seine Stellvertreter in der Reihenfolge ihrer Benennung als Erster oder Zweiter Stellvertreter an seine Stelle.
- (2) Er kann Redner, die vom Verhandlungsgegenstand abweichen, zur Sache rufen.
- (3) Ist ein Gemeindevertreter in einer Sitzung dreimal zur Sache gerufen worden, so kann der Vorsitzende der Gemeindevertretung ihm das Wort entziehen und darf es ihm dann zum selben Gegenstand nicht wieder erteilen.
- (4) Der Vorsitzende kann ein Mitglied der Gemeindevertretung zur Ordnung rufen, wenn sein Verhalten den ordnungsgemäßen Ablauf der Sitzung stört. Ist ein Gemeindevertreter in einer Sitzung der Gemeindevertretung dreimal zur Ordnung gerufen worden, kann ihm der Vorsitzende der Gemeindevertretung für die Dauer der Sitzung das Wort entziehen oder ihn des Raumes verweisen.
- (5) Die Sitzungen der Gemeindevertretung sind grundsätzlich in folgender Reihenfolge durchzuführen:
 - a) Eröffnung der Sitzung,
 - b) Vorstellung der Tagesordnung, Behandlung von Änderungsanträgen zur Tagesordnung und Beschlussfassung zur Tagesordnung,
 - c) Bericht des Bürgermeisters,
 - d) Behandlung von Anfragen der Gemeindevertreter,
 - e) Einwohnerfragestunde,

- f) Beschlussfassung über eventuelle Einwände gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung,
- g) Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung,
- h) Ende des öffentlichen Teils,
- i) Beschlussfassung über eventuelle Einwände gegen die Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der letzten Sitzung,
- j) Behandlung der Tagesordnungspunkte des nichtöffentlichen Teils der Sitzung,
- k) Schließung der Sitzung.

§ 6 Redeordnung

- (1) Reden darf nur, wer vom Vorsitzenden das Wort erhalten hat. Wortmeldungen erfolgen durch Handzeichen.
- (2) Der Vorsitzende erteilt das Wort nach der Reihenfolge der Wortmeldungen, soweit nicht mit Zustimmung des Redeberechtigten hiervon abgewichen wird. Das Wort zur Geschäftsordnung ist jederzeit zu erteilen und darf sich nur auf den in der Beratung befindlichen Tagesordnungspunkt beziehen. Es darf dadurch kein Sprecher unterbrochen werden.
- (3) Der Bürgermeister hat auch außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen Rederecht zur Sache. Er kann das Rederecht auch für anwesende Beschäftigte der Gemeindeverwaltung geltend machen.

§ 7 Kontrolle der Verwaltung, Anfragen

- (1) Der Bürgermeister informiert die Gemeindevertretung zu jeder ordentlichen Sitzung über alle wesentlichen Angelegenheiten der Gemeinde in kurzer schriftlicher Form.
- (2) Anfragen der Gemeindevertreter und Fraktionen an den Bürgermeister, die über die Tagesordnung und über den schriftlichen Bericht gemäß Absatz 1 hinausgehen und die in der Sitzung der Gemeindevertretung beantwortet werden sollen, müssen schriftlich, kurz und sachlich abgefasst sein. Sie sind spätestens am zweiten des der Sitzung vorausgehenden Arbeitstages bis 8.00 Uhr beim Bürgermeister einzureichen und werden in der Sitzung beantwortet. Der Anfragende kann eine Zusatzfrage stellen. Ist die Beantwortung wegen der Kürze der Zeit nicht möglich, so ist die Anfrage bis zur nächsten ordentlichen Sitzung schriftlich zu beantworten.

§ 8 Einwohnerfragestunde, Beteiligung von Betroffenen und Sachverständigen

- (1) Die Einwohnerfragestunde findet zu Beginn der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung statt. Sie soll 20 Minuten nicht überschreiten. Im Weiteren wird auf die Regelungen des § 6 der Hauptsatzung der Gemeinde Rangsdorf verwiesen.
- (2) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung kann Wortmeldungen zurück weisen, die erkennbar eine persönliche Darstellung allgemeiner Art sind.
- (3) Beschließt die Gemeindevertretung, Einwohner, die vom Gegenstand der Beratung betroffen sind oder Sachverständige zu hören, ist die Anhörung zu beenden, bevor Beratung und Beschlussfassung über den Gegenstand beginnen.

§ 9 Geschäftsordnungsanträge

- (1) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung kann die Sitzung der Gemeindevertretung unterbrechen. Auf Antrag von einem Drittel der anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung oder einer Fraktion muss er die Sitzung unterbrechen. Bei einer weiteren Unterbrechung ist für den Antrag die Mehrheit der anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung erforderlich. Die Unterbrechung soll nicht länger als 15 Minuten dauern.
- (2) Zur Geschäftsordnung können jederzeit von jedem Mitglied und jeder Fraktion der Gemeindevertretung Anträge gestellt werden. Hierzu gehören:
 1. Antrag auf Abstimmung
 2. Antrag auf Verweisen eines Tagesordnungspunktes in den nichtöffentlichen Teil
 3. Antrag auf Unterbrechung bzw. Vertagung der Sitzung
 4. Antrag auf Änderung und Ergänzung der Tagesordnung
 5. Antrag auf Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt
 6. Antrag auf Schluss der Aussprache
 7. Antrag auf Schluss der Wortmeldungen
 8. Antrag auf Vertagung eines Tagesordnungspunktes
 9. Antrag auf Verweisung oder Zurückweisung an einen Ausschuss oder in die Verwaltung
 10. Antrag auf Rücknahme eines Antrages durch den Antragsteller.
- (3) Anträge zur Geschäftsordnung müssen sofort zur Aussprache und zur Beschlussfassung gestellt werden. Liegen mehrere Anträge vor, so ist über sie nach Maßgabe der im Absatz 1 festgelegten Reihenfolge abzustimmen. Anträge zur Geschäftsordnung sind vom Antragsteller als solche zu bezeichnen. Anträge auf Schluss der Aussprache oder auf Schluss der Wortmeldungen sind nur zulässig, wenn sich mindestens ein Sprecher jeder Fraktion zur Sache geäußert hat. Solche Anträge dürfen nur von Mitgliedern der Gemeindevertretung gestellt werden, die noch nicht zur Sache gesprochen haben.
- (4) Bei Annahme eines Antrages auf Übergang zum nächsten Punkt der Tagesordnung gilt der Tagesordnungspunkt ohne Abstimmung als erledigt. Wird der Antrag abgelehnt, so darf er im Laufe der Verhandlungen zu diesem Punkt nicht wiederholt werden. Bei Annahme eines Antrages auf Schluss der Aussprache kommen weitere Redner nicht mehr zu Wort, auch nicht die bereits auf der Liste stehenden Redner. Über einen Antrag auf Schluss der Wortmeldungen wird nach Verlesen der Rednerliste abgestimmt. Wird der Antrag angenommen, werden keine Redner mehr vorgemerkt. Die bereits auf der Liste stehenden Redner dürfen jedoch noch sprechen.
- (5) Ausführungen zur Geschäftsordnung dürfen nicht länger als 3 Minuten dauern und sich nur auf die geschäftsordnungsmäßige Behandlung des Verhandlungsgegenstandes, nicht jedoch auf die Sache selbst beziehen.
- (6) Die Sitzungen der Gemeindevertretung und ihrer Ausschüsse beginnen in der Regel um 19.00 Uhr. Ist eine Sitzung deutlich über 22.00 Uhr hinaus abzusehen, entscheidet der Vorsitzende der Gemeindevertretung rechtzeitig über die weitere Beratung der nicht behandelten Tagesordnungspunkte. Nicht aufschiebbare Tagesordnungspunkte sind zu behandeln. Tagesordnungspunkte, die nach § 3 Abs. 3 eingereicht wurden, können nur mit Zustimmung der Vorschlagenden abgesetzt werden.

§10 Abstimmungen

- (1) Grundsätzlich wird offen durch Handzeichen abgestimmt.
- (2) Muss die Beschlussfassung durch Wahl erfolgen, so ist geheim zu wählen, insofern gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Abweichungen hiervon können vor der jeweiligen Wahl einstimmig beschlossen werden.

- (3) Auf Verlangen ist vor jeder Abstimmung der Antrag zu verlesen. Bei der Abstimmung stellt der Vorsitzende der Gemeindevertretung die Anzahl der Mitglieder fest, die
- a) dem Antrag zustimmen,
 - b) den Antrag ablehnen,
 - c) sich der Stimme enthalten haben.

Wird das Abstimmungsergebnis sofort nach der Abstimmung angezweifelt, so muss die Abstimmung vor Behandlung des nächsten Tagesordnungspunktes wiederholt werden.

- (4) Auf Verlangen von mindestens 3 Mitgliedern der Gemeindevertretung oder einer Fraktion ist namentlich abzustimmen.
- (5) Liegen zu dem Tagesordnungspunkt Änderungs- und Ergänzungsanträge vor, wird zuerst über den Antrag abgestimmt, der von dem Antrag der Sitzungsvorlage am weitesten abweicht. Bei Änderungs- und Ergänzungsanträgen mit finanziellen Auswirkungen hat der den Vorrang, der Mehrausgaben oder Mindereinnahmen bewirkt. In Zweifelsfällen entscheidet der Vorsitzende der Gemeindevertretung.
- (6) Auf Antrag, der mit Stimmenmehrheit angenommen wurde, ist über einzelne Teile der Vorlage bzw. des Antrages gesondert abzustimmen.
- (7) Anträge zur Geschäftsordnung haben jederzeit den Vorrang und müssen vor Sachanträgen erledigt werden.

§ 11 Geheime Wahlen

- (1) Zur Vorbereitung und Durchführung von geheimen Wahlen wird aus der Mitte der Gemeindevertretung ein Wahlausschuss gebildet.
- (2) Der Wahlausschuss besteht aus drei Mitgliedern der Gemeindevertretung, die auf Vorschlag der Fraktionen von der Gemeindevertretung berufen werden.
- (3) Es sind äußerlich gleiche Stimmzettel zu verwenden. Die Stimmzettel sind so vorzubereiten, dass sie nur noch mit einem Kreuz mit demselben Schreibgerät zu kennzeichnen sind. Bei weiterer Beschriftung, Gestaltung und fehlender Kennzeichnung des Stimmzettels ist die Stimme ungültig.
- (4) Die Stimmabgabe ist in einer Wahlkabine oder räumlich so abgegrenzt vorzunehmen, dass das Wahlgeheimnis gewahrt ist. Ein einheitliches Schreibgerät ist zu verwenden.
- (5) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung gibt das vom Wahlausschuss festgestellte Ergebnis der Wahl bekannt.

§ 12 Niederschrift

- (1) Über jede Sitzung der Gemeindevertretung ist durch einen Beschäftigten der Gemeindeverwaltung, der vom Bürgermeister bestimmt wird, eine Niederschrift zu fertigen.
- (2) Die Sitzungsniederschrift muss enthalten:
- a) Ort, Tag, Beginn und Ende der Sitzung,
 - b) Namen der Teilnehmer,
 - c) Tagesordnung,
 - d) Wortlaut der Anträge und Beschlüsse,
 - e) Ergebnisse der Wahlen und Abstimmungen.
- (3) Angelegenheiten, die in nichtöffentlicher Sitzung behandelt wurden, sind gesondert niederzuschreiben.

- (4) Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung zu unterzeichnen und spätestens mit der Einladung zur nächsten ordentlichen Sitzung den Mitgliedern der Gemeindevertretung zuzuleiten.
- (5) Einwendungen gegen Niederschrift sind bis spätestens zwei Tage vor der nächsten ordentlichen Sitzung der Gemeindevertretung beim Vorsitzenden der Gemeindevertretung schriftlich einzureichen. Erfolgen keine Einwände, gilt die Niederschrift als genehmigt.
- (6) Soweit nicht im Einzelfall aus Gründen des öffentlichen Wohles oder zur Wahrung von Rechten Dritter etwas anderes beschlossen wird, wird die Öffentlichkeit gemäß § 39 Abs. 3 BbgKVerf über die wesentlichen Inhalte der Beschlüsse der Gemeindevertretung in ortsüblicher Form unterrichtet. Näheres regelt die Hauptsatzung.

§ 13 Fraktionen

- (1) Eine Fraktion muss aus mindestens zwei Mitgliedern bestehen und ihre innere Ordnung muss demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechen.
- (2) Zu Beginn der ersten Sitzung haben die Fraktionen ihre Bildung und ihre Zusammensetzung dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung anzuzeigen. Dabei ist auch der Vorsitzende der Fraktion zu benennen.
- (3) Bildet sich eine Fraktion im Laufe der Wahlperiode neu, hat sie dies dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung mit dem Inhalt nach Absatz 2 unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

§ 14 Beschlussbuch

- (1) Alle von der Gemeindevertretung gefassten Beschlüsse - mit Ausnahme von Beschlüssen zur Geschäftsordnung - erhalten eine Drucksachenummer und werden in ein Beschlussbuch eingetragen. Beschlüsse von öffentlichen Sitzungen können von den Bürgern eingesehen werden.
- (2) Der Bürgermeister hat der Gemeindevertretung in kurzer schriftlicher Darstellung zum 30. Juni und zum 31. Dezember jeden Jahres über die Ausführung der Beschlüsse der Gemeindevertretung zu berichten.

Zweiter Abschnitt Ausschüsse der Gemeindevertretung

§ 15 Ausschüsse

- (1) Die Gemeindevertretung bildet zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse und zur Kontrolle der Verwaltung aus ihrer Mitte ständige sowie bei Bedarf zeitweilige Ausschüsse.
- (2) Daneben können in die Ausschüsse auf Vorschlag der Fraktionen sachkundige Einwohner berufen werden. Die Zahl der sachkundigen Einwohner darf die festgelegte Anzahl der Gemeindevertreter je Ausschuss nicht übersteigen. Für das Berufungsverfahren der sachkundigen Einwohner gilt § 43 Abs. 2 BbgKVerf.

§ 16 Verfahren in den Ausschüssen

- (1) Für Geschäftsgang und Verfahren der Ausschüsse gelten die Vorschriften des Ersten Abschnittes sinngemäß, insoweit die nachstehenden Regelungen dem nicht entgegenstehen, durch Beschluss der Gemeindevertretung ein anderes bestimmt wird oder abweichende Regelungen nach der BbgKVerf getroffen werden.
- (2) Entgegen der Regelung im § 2 Abs. 1 erfolgt die Einberufung zu einer Sitzung durch den jeweiligen Ausschussvorsitzenden nach § 44 Abs. 1 BbgKVerf.
- (3) Die Einwohnerfragestunde findet abweichend von § 5 Abs. 5 und § 8 Abs. 1 zum Ende der öffentlichen Sitzung des jeweils tagenden Ausschusses statt.
- (4) Die Niederschriften werden abweichend von § 12 Abs. 4 vom Ausschussvorsitzenden zu unterzeichnen und spätestens mit der Einladung zur nächsten ordentlichen Sitzung des Ausschusses den Mitgliedern des Ausschusses sowie den übrigen Mitgliedern der Gemeindevertretung zuzuleiten.

Dritter Abschnitt Hauptausschuss

§ 17 Verfahren im Hauptausschuss

Für Geschäftsgang und Verfahren des Hauptausschusses gelten die Vorschriften des Zweiten Abschnittes entsprechend.

Vierter Abschnitt Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften

§ 18 Verfahren

Die Bestimmungen des Zweiten Abschnittes sind sinngemäß auch auf solche Ausschüsse der Gemeinde anzuwenden, die auf besonderen Rechtsvorschriften beruhen, soweit diese Vorschriften nichts anderes bestimmen.

Fünfter Abschnitt Schlussbestimmungen

§ 19 Abweichungen von der Geschäftsordnung

- (1) Die Gemeindevertretung kann für den Einzelfall Abweichungen von der Geschäftsordnung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung beschließen, sofern die Brandenburgische Kommunalverfassung dies zulässt.
- (2) Treten während einer Sitzung der Gemeindevertretung Zweifel über die Auslegung der Geschäftsordnung auf, entscheidet die Gemeindevertretung mit einfacher Mehrheit.

§ 20
Sonstige Regelungen

Soweit in dieser Geschäftsordnung Funktionen mit einem geschlechtsspezifischen Begriff beschrieben werden, gilt die jeweilige Bestimmung für das andere Geschlecht gleichermaßen.

§ 21
In-Kraft-Treten

Diese Geschäftsordnung tritt am ersten Tag nach der Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung in Kraft. Gleichzeitig treten die Geschäftsordnung der Gemeindevertretung Rangsdorf vom 24.11.2003, die 1. Änderung der Geschäftsordnung der Gemeindevertretung Rangsdorf vom 03.02.2004, die 2. Änderung der Geschäftsordnung der Gemeindevertretung Rangsdorf vom 10.06.2004 und die 3. Änderung der Geschäftsordnung der Gemeindevertretung Rangsdorf vom 04.09.2006 außer Kraft.

Rangsdorf, den 21.04.2009

gez.
Dr. Klucke
Vorsitzender der Gemeindevertretung Rangsdorf

gez.
Rocher
Bürgermeister